



Antrag

der Fraktion der FDP

Rückendeckung für den öffentlichen Dienst – kein Generalverdacht, keine Beweislastumkehr und keine missbrauchsanfälligen Regelungen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Diskriminierung von Menschen in vielen Bereichen nach wie vor ein Problem darstellt und dass man dieser auch von Seiten des Landes wirksam begegnen muss.

Der Landtag stellt zugleich fest, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht selten und mit steigender Tendenz Respektlosigkeiten, Beleidigungen, Anfeindungen und sogar körperlicher Gewalt ausgesetzt sind. Auch dieser Entwicklung muss das Land als Dienstherr im Rahmen seiner Fürsorgepflicht effektiv begegnen und darf diese nicht ungewollt befördern.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb dazu auf, dem Landtag keinen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Diskriminierung vorzulegen, der einen Generalverdacht gegenüber den Beschäftigten nahelegt, eine Beweislastumkehr beinhaltet und bürokratische und missbrauchsanfällige Regelungen vorsieht.

Christopher Vogt
und Fraktion